

Bezugspreis
Für Halle monatlich bei postamtlicher
Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich
3.60 Mark, durch die Post 3.80 Mark
anschließlich Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im amtlichen
Zeitungsdienst - Verzeichnis unter
Social-Zeitungen eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuscripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Genehmigung
der „Social-Zeitungen“ gestattet.
Jensen der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Zeitung

Stundausgabe.

Rayeigen
werden die österr. Kolonialzeitung
über deren Raum mit 30 Vfr. berech-
net und in unsern Finanzstellen
und allen Anzeigen-Geschäften ange-
nommen. Reflektieren die Zeile 1 Mr.
Schluß der Anzeigen-Annahme
vormittags 11 Uhr, für die Sonntag-
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-
gen von Anzeigenanfragen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Dr. Braunsstr. 17.
Teleb.-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 326.

Halle, Sonnabend, den 14. Juli

1917.

Der Rücktritt des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg.

Dr. Michaelis Reichskanzler.

WTB. Berlin, 14. Juli. Nichtamtlich. Wie verlautet, ist die vom Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg erbetene Entlassung aus seinen Ämtern bewilligt und zu seinem Nachfolger der bisherige Unterstaatssekretär im preussischen Finanzministerium und Staatskommissar für Ernährungsfragen Dr. Michaelis ernannt worden. Eine amtliche Nachricht liegt noch nicht vor.

Die Kanzlerkrisis.

Wie wir voraussetzen, hat der Wahlformelrat die Stellung des Kanzlers nicht mehr festhalten können. Es war eine halbe Maßnahme, die die Anhänger einer gründlichen Neuordnung nicht mehr befriedigte und ihm die Gegner des gleichen Wahlrechts zu erbitterten Feinden machte. Die „Deutsche Tageszeitung“ führt den Meigen und sie wirft dem Kanzler vor, daß er den „Untergang des alten Preußens“ verschuldet hat. In ähnlicher Tonart sekundieren ihr konservativ und alldeutsche Blätter.

Merkwürdigerweise tritt bei letzteren nicht mehr die Frage der Friedensziele sehr stark in den Vordergrund. Aber die Gegnerhaft, wie immer auch begründet, bleibt bestehen. So hat die Partei mehr als je zuvor die Partei der Volkswirtschaft keine Partei mehr sagen und deshalb wird sein Abgang unvermeidlich. Eine Regierung, die für Volkswirtschaft eintritt, kann nicht durch einen Kanzler und Minister repräsentiert werden, der aus diesem oder jenem Grund die ganze Volkvertretung gegen sich hat.

Aber wenn man sich auch darüber einig ist, daß Herr von Bethmann Hollweg's Stellung unhaltbar geworden ist, so ist damit die Krisis noch nicht beendet, denn sein Nachfolger wird schwer zu finden sein.

Zunächst schon deshalb, weil die bisher in Preußen-Deutschland übliche Form der Ministerernennungen nicht mehr an- gangig ist. Müste Herr von Bethmann von seinem Platte weichen, weil er den Parteien nicht mehr genehm war, dann werden diese sich das Recht nicht nehmen lassen, den Nachfolger auf Herz und Nieren zu prüfen. Ist er dem Reichstag kein genehmer Mann, so fällt er, ehe er sein Amt noch angetreten.

Man hat sich in der nationalliberalen Partei gegen die Parlamentarisierung gefürchtet. In Wirklichkeit aber sind wir bereits auf dem raschesten Wege zur Parlamentarisierung, sobald der Reichstag den Abgang eines ihm nicht genehmen Kanzlers erzwingen kann und die Reichstagsmehrheit Einfluß auf die Auswahl des Nachfolgers hat. Durch den Vorschlag des parlamentarischen Systems fehlt in dieser Situation. Die Reichstagsmehrheit kann ein Veto einlegen gegen jeden ihr nicht genehmen Mann, sie braucht sich aber nicht positiv zu betätigen, indem sie seinen Nachfolger der Krone vorschlägt.

Das ist ein offenkundiger Mißstand, namentlich in der gegenwärtigen Situation. Im Frieden kann sich ein Land wohl den Luxus einer längeren Krisis leisten, wenn es Gewähr dafür hat, daß dafür der führende Staatsmann nun auch wirklich von Vertrauen der Parteien und der Volksmehrheit getragen wird. Im Kriege ist jede Unklarheit in der Leitung gefährlich. Der Reichswagen kann bei steilerer Fahrt allzu leicht zu Boden kommen.

Es ist deshalb bedauerlich, daß man die Parteien nicht mitverantwortlich für die Folgen gemacht hat und sie gefühllos für die Entscheidung über den Nachfolger des Kanzlers fernhält. Sie sind vom Kronprinzen empfangen, der sich zu informieren wünschte, und von Hindenburg und Ludendorff, die sie — allerdings nicht im Zusammenhang mit der Kanzlerkrisis — informierten. Aber als Berater der Krone in dieser Krisis sind sie nicht herangezogen worden. Leider nicht. Denn eine Mitverantwortlichkeit für die Lösung würde die Parteien der Mehrheit gezwungen haben, in den innerpolitischen wie in den Kriegszielefragen sich fester zusammenzuschließen, während jetzt fast jede einzelne Parteischattierung ihre eigenen Wege geht und die Verantwortung für die Neuweisung des Kanzlerpostens der Krone überläßt, mit der stillen Selbstverwahrung vor Entscheidungen, die ihr unwillig sind. Man hat gesagt: Wir sind für die Parlamentarisierung noch nicht reif. Es fehlt den Parlamentariern an staatsmännlicher Erfahrung, an ministerieller Praxis. Deshalb können sie nicht Minister werden.

Nun, es gehört vielleicht zum Ministerposten weniger Praxis als ein klares Ziel und ein fester Wille,

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 14. Juli.
Weltlicher Kriegsausplag.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Küste setzte gegen Abend starkes Feuer gegen unsere neuen Stellungen ein. Nachts bei Bombardirung vorbrechende englische Angriffe beachten verlustreich in unserer Abwehrwirkung zusammen.

Auch östlich und südlich von Ypern, sowie in einigen Abschnitten der Aisne-Front war der Artilleriekampf lebhaft.

Bei Vorfeldzügen nordwestlich von St. Quentin wurde eine Anzahl Engländer und Franzosen gefangen eingebracht.
Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In den Westschiffen und Rheims nahm die Feuerkraft zu; in der Westkampagne und auf dem linken Maasufer blieb der Artilleriekampf bis zum Einbruch der Dunkelheit hart. Erkundungsvorzüge der Franzosen wurden an mehreren Stellen abgewiesen.

Südlich des Bois Souaine (nördlich von Rheims) setzten sich unsere Sturmtruppen in Besitz französischer Grabenränder und hielten sie gegen mehrere Gegenangriffe.

Südwestlich von Comme-Bj vereitelte unser Feuer einen sich vorbereitenden feindlichen Vorstoß.
Im Walde von Auocourt wurden von unseren Aufklärern Gefangene gemacht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.
In der Bohringer Ebene waren die Artillerien tätiger als sonst. Im Westschiff der mittleren Vogesen verliefen eigene Erkundungen erfolgreich.

Zwei feindliche Flieger und ein Fesselballon wurde gestern in Luftkämpfen und durch Abwehrgeschütze zum Absturz gebracht.

Weltlicher Kriegsausplag.

Front des Generalleutnants Prinz Leopold von Bayern.
Bei Dübnitz und Smorzon hält die rege Geschütz- tätigkeit an.

In Ostgalizien war das Feuer nur im Abschnitt von Wrezyang lebhaft. Starker Regen beeinträchtigte auch südlich des Dnjepr die Kampfhandlungen; dort kam es nur südlich von Kaluj zu heftigen Zusammenstößen.
Bei den übrigen Armeen und an der

mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

U-Boottaten.

Berlin, 13. Juli. (Amtlich.) Im Englischen Kanal und in der Nordsee wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum sechs Dampfer, zwei Segler und sieben Fischer- fahrzeuge zerstört.

Darunter befanden sich der englische Dampfer „Solway Fencer“, der englische Motorjäger „Arlet“ mit Paraffin, Naphtin und Kohlen, der bewaffnete französische Dampfer „Argenteuil“, ein durch Flieger und Beobachtungsbalzen geführter bewaffneter Dampfer von mindestens 6000 T., ein mittelgroßer Dampfer mit Papier, Papiermühle, Gerben- und geschmitteten Holz, der aus einem Seilzuge heraus- geschossen wurde, ein Dampfer, der die Nr. 54 an der Nord- wand führte.

Der Chef des Zentralstabes der Marine.

es zu erreichen, verbunden mit dem Organi- sationsstabsrat, sich dafür die erfahrenen Mitarbeiter zu suchen. Aber man konnte schließlich als Übergang zu dem halb- parlamentarischen System greifen und den „Reichsrat“ schaffen, einen Reichsrat, der unter dem Vorhine des Reichs- kanzlers sich aus den Spitzen der Heeresleitung, dem be- zogenen Staatssekretären und einer Reihe parlamen- tarischer Staatssekretäre oder Minister, oder

wie man sie sonst nennen würde, zusammensetzen und „die enge Führungsnahme zwischen Parlament und Regierung herstellen“ soll. Nur müßten die parlamentarischen Stellen dieses Reichsrates von den Mehrheitsparteien, und zwar von ihnen selbst besetzt werden und der Reichsrat müßte bei Entscheidungen wie diese auch über die Personfragen zu entscheiden haben.

Aber man lehnt das ja auch ab. Der Particularismus regt sich wieder und die „Bayer. Staatszeitung“ vertritt den Stand- punkt, daß die Parlamentarisierung, ein verantwortliches Reichs- ministerium, den bundesstaatlichen Charakter des Reiches befähigt, Rechte der Einzelstaaten diesen nimmt. Ja, ohne Aufgabe von Rechten geht es nicht ein- mal an. Um sie der Gesamtheit geben zu können, muß man sie einzelnen aber auch den Einzelstaaten nehmen. Das Ganze geht stets den Teilen voraus.

Heute aber rät sich diese Eigenbrödeli und Kleinfautelei. Sie erschwert die Lösung der Krisis. Was nützt es, Namen der Kandidaten zu nennen, wenn man nicht weiß, wieviel und wer hinter diesem Namen steht. Und dennoch werden die Namen jetzt von allen Seiten genannt. Fürst Bismarck darf wohl als abgetan gelten, da er den Mehrheitsparteien nicht genehm ist. Das „D. Z.“ schreibt:

Die Namen des Ernährungsministers Dr. Michaelis, des Reichsfinanzministers Grafen Noebern, des Grafen Bernstorff, des Geheimrats im Haag, Grafen Brodendorff, Rankau, des Dr. Solz und zahlreiche andere tauchen teils für den Kanzlerposten, teils für den Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes auf. Auch zwei Generale sollen auf der Kandidatenliste stehen.

Wir möchten darauf verzichten, uns an dem Käsefalten zu beteiligen. Solange den Mehrheitsparteien nicht das Recht zu- gesprochen wird, ihre Vertrauensmänner für die Regierung zu bezeichnen, sind Vorschläge der Presse immer nur von Inter- essanten und kleinen Interessengruppen inspiriert und bieten keine Gewähr für einen Erfolg. B.

Vor der Entscheidung.

Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers. — Die Frage der Stellvertretung.

Nach allen vorliegenden Berliner Meldungen, die nun weit bestimmter als die bisherigen Gerüchte ausfallen, ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sein Abschiedsgesuch bereits eingereicht hat, und daß dieses Abschiedsgesuch entweder schon genehmigt ist oder in den nächsten Stunden genehmigt werden wird. Im Reichstage mußte man am Freitag abend auch schon zu er- zählen, daß in Bremen bis zur Ernennung eines Nachfolgers der Minister des Innern v. Voelckel, der nach dem Wunsch des Herrn v. Bethmann Hollweg im Amte zu bleiben gedenkt, die Geschäfte des Ministerpräsidenten interimistisch übernehmen werde, während im Reiche der Stellver- treter des Kanzlers zu der interimistischen Verwal- tung der Kanzlergeschäfte berufen werde — solange er selbst im Dienste bleibe.

Nach der „Germania“ dürfte die Entscheidung über den Nachfolger des Herrn von Bethmann Hollweg kaum in 24 Stunden getroffen werden können, denn sie müßte selbst- verständlich nun zugleich klare Bahn bringen für alle die Fragen, die uns seit Jahr und Tag beschäftigen.

Der „Börsenkurier“ meint, die Vorformnisse der letzten Tage ließen die Annahme der Demission des Reichskanzlers so berechtigt erscheinen, daß an sie kaum noch gezweifelt werden könne.

Nach der „Börsenzeitung“ gehe aus der gestern erfolgten Betätigung des Reichstags gehe hervor, daß Herr v. Bethmann Hollweg denselben gegen sich habe.

Der „Wolff. Zig.“ zufolge sei gestern in parlamentarischen Kreisen die angebliche Absicht der Regierung erörtert worden, unter gewissen Umständen die Personalunion zwischen dem Kanzlerposten und dem des preussischen Ministerpräsi-

